

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Bucher, Hagen, Dolinschek, Grosz, Ursula Haubner,
Kollegin und Kollegen
betreffend **Rettungspaket für die Post**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (32 d.B.):
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Übertragung von Bundesbeteiligungen in das Eigentum der
ÖIAG geändert wird (62 d.B.)

Vor wenigen Tagen wurde in den Medien über die Schließung von weiteren 300 Postämtern berichtet. Daraufhin stellte Bundeskanzler Faymann klar, dass es ohne Postamtsschließungen nicht gehen werde. Weiters betonte er, dass alle zufrieden sein könnten, wenn für die geschlossenen Filialen entsprechende Postpartner gefunden würden und den Post-Beschäftigten eine Zukunft aufgezeigt werde.

Doch im November 2008 machte Faymann im Morgenjournal des ORF-Radio folgende Aussage: *„Ich werde sicher nicht zulassen, dass jemand 200 oder noch mehr Postfilialen zusperrt.“*

Anfang März wird daher für viele Postämter die Stunde der Wahrheit schlagen. Denn gemäß Postgesetz hat die Österreichische Post AG als Universaldienstbetreiber ein Konzept zur Erbringung des Universaldienstes zu erstellen (Universaldienstkonzept) und der obersten Postbehörde bis spätestens 1. März jeden Jahres vorzulegen.

Zusätzlich wurde bekannt, dass die Post AG der Obersten Postbehörde im Verkehrsministerium am 2. März 2009 ein Strategiepapier vorlegen will, wo auch die Privatisierung von bis zu 4.000 Briefträgern vorgesehen ist, weil Post-Zusteller privater Anbieter der Post AG um 25 bis 30 Prozent günstiger kommen würden.

Obwohl 2007 der damalige Infrastrukturminister Faymann die Umsetzung der EU-Liberalisierung im Postmarktbereich für 2011 mitgetragen hat wurde in seiner fast zweijährigen Amtszeit verabsäumt, einen geordneten Übergang zum liberalisierten Postmarkt mit einem sinnvollen Nebeneinander von Post AG und privaten Anbietern sicherzustellen. Zudem wurden der Post AG keine klaren Vorgaben zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Postdienstleistungen gemacht. Auch die neue Verkehrsministerin Bures hätte schon längst aktiv werden müssen, damit entsprechende Gesetzesentwürfe im Postbereich umgesetzt werden können.

Durch diese Untätigkeit der Regierung sind eine massive Anzahl von Postamtsschließungen und eine deutliche Personalreduktion im Postbereich zu befürchten. Eine qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen kann so für die Zukunft nicht gesichert werden.

Daher ist es völlig unverständlich, dass SPÖ und ÖVP nun die Schließung von Postämtern unterstützen und nicht für den Erhalt der Postämter kämpfen. Anstelle von Postamtsschließungen muss dringend ein Rettungspaket für die Post AG umgesetzt werden. Durch einen eineinhalbjährigen Schließungsstopp bei Postämtern soll erreicht werden, dass die Wirtschaftlichkeit der Postämter genau überprüft wird und für die von einer Schließung bedrohten Postämter neue Geschäftsmodelle geschaffen werden.

Damit eine Ausdünnung des ländlichen Raumes mit Postdienstleistungen verhindert wird muss erneut in Verhandlungen mit der Europäischen Union die Umsetzung der geplanten

Postmarkt-Liberalisierung in Österreich von 2011 auf 2013 verschoben werden. Zudem soll verstärkt in den Ausbau und in die Attraktivierung der Postfilialen unter einem Dach einer Infrastrukturholding aller staatsnahen Betriebe investiert werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Versorgung mit Postdienstleistungen die nachstehenden Maßnahmen rasch umzusetzen:

- In Verhandlungen mit der Europäischen Union soll die geplante Postmarkt-Liberalisierung in Österreich von 2011 auf 2013 verschoben werden.
- Für eineinhalb Jahre soll ein Schließungsstopp für Postämter gelten.
- Der Ausbau und die Attraktivierung der Postfilialen unter dem Dach einer Infrastrukturholding aller staatsnahen Betriebe ist umzusetzen.“

Wien, am 26. Feber 2009

S. Lohmeyer
K. Huber
H. Huber
A. Huber
H. Huber